



In Neuberg ist der Aufklärungsbedarf über die Machbarkeitsstudie sehr hoch. Unser Archivbild von der Bürgerversammlung zeigt mit Olaf Siebeck (von links) einen der Gründer Bürgerinitiative Neuberger für Neuberg im Gespräch mit Hans-Christian Schelzke sowie Dieter Hog vom Hessischen Städte- und Gemeindebund. • Archivfoto: Weber

# Neuberger CDU bohrt

Partei stellt im Gemeindeparlament 25 Fragen zur Machbarkeitsstudie

Von Rainer Habermann  
und Holger Weber

**NEUBERG/ERLENSEE** • Die Neuberger CDU ist vor Beginn der Machbarkeitsstudie über eine mögliche Fusion zwischen Erlensee und Neuberg um größte Transparenz bemüht. Im Stadtparlament verlas die Fraktion jetzt 25 Einzelfragen, um deren Beantwortung sie Neuberger Bürgermeisterin Iris Schröder (SPD) bat.

Die Partei wollte beispielsweise wissen, wie hoch die Anzahl geplanter „Beratertage“ sein wird, wie viele Personen konkret „mit Prüfungsaufgaben“ betraut werden sollen, welche „Untersuchungskommissionen und Bausteine der Analyse“ im Einzelnen vorgesehen sind oder auch wie die Vor- und Nachteile einer eventuellen Fusion parametrisiert und gewichtet werden sollen. Die Fragen waren von Andreas Weiß ausgearbeitet worden, der neben seiner Rolle als Mandatsträger der CDU zugleich einer der Initiatoren der Bürgerinitiative Neuberger für Neu-

berg ist, die sich vor einigen Monaten gegründet hatte.

Die Fraktion will aber auch wissen, warum die Freiherr-vom-Stein-Beratungsgesellschaft mit der Studie beauftragt werde und warum mit der GE/CON GmbH ein weiteres Subunternehmen involviert sei. Die Hauptsorge der CDU sind offensichtlich vermeidbare Mehrkosten bei der Studie. „Warum gibt es nicht eine Direktbeauftragung der GE/CON?“, so die Christdemokraten.

Einige dieser Fragen konnte die Bürgermeisterin bereits in der Gemeindevertreterversammlung am vergangenen Mittwoch beantworten. Beide Partner, sowohl Erlensee als auch Neuberg, seien qua Kommunalrecht Mitglieder im Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB). Der hat laut Schröder mittlerweile wegen des hohen Bedarfs seine Beratungstätigkeit an die Freiherr-vom-Stein-Beratungsgesellschaft als 100-prozentige Tochter übergeben. Und die-

se wiederum arbeite eng mit der GE/CON GmbH des „in der Kommunalwirtschaft etablierten Beraters Erik Schmidtman“ zusammen.

Einzelheiten zum Vertrag sollen „im Laufe der Woche festgeklopft werden“, so Schröder. Was jedoch sicher ist: „Der Vertragspreis von 50 000 Euro ist ein Festpreis und entspreche exakt der Summe, die vom Land Hessen als Förderbetrag zur Verfügung gestellt werde.“

Die Machbarkeitsstudie werde bis zum Sommer 2018 vorliegen, steckte die Bürgermeisterin den Zeitrahmen ab. Bis dahin aber sollen zahlreiche Zukunfts-

werkstätten – so der Begriff für eine ausgiebige Bürgerbeteiligung während der Erarbeitung der Studie – in Neuberg und Erlensee „die Befindlichkeiten, die Interessen, Wünsche und Vorstellungen aller Bürger einschließlich der Verwaltungsmitarbeiter ausloten und würdigen“, so Schröder.

In Erlensee sieht man das

Thema Machbarkeitsstudie offenbar eher gelassen. In Neuberg scheint aber doch Misstrauen die vorherrschende Stimmung zu sein. Auch längst beantwortete Fragen tauchen im Fragenkatalog der CDU wieder auf, so etwa jene: „Mit welchen anderen Kommunen wurden Gespräche geführt über eine Machbarkeitsstudie? Und wenn ja, in welcher Form?“

Schröder beantwortete die „alten Fragen“ in der Versammlung geduldig. Es hätten zahlreiche Gespräche auf allen Bürgermeisterdienstversammlungen stattgefunden, und kein Bürgermeister umliegender Kommunen, weder von CDU noch SPD (außer Stefan Erb, SPD) habe Interesse an einer möglichen Fusion bekundet.

Einige Fragen blieben jedoch auch unbeantwortet. Vor allem solche, die sich um Details der Studie selbst drehen. Der Grund: Die genaue Ausgestaltung des Vertrags mit der Beratungsgesellschaft ist noch Gegenstand weiterer Gespräche mit den Beteiligten in dieser Woche.

**Vertrag jetzt  
unterschriftsreif**